

## Bekanntmachung

Die 05. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung findet am Mittwoch, den 21.10.2020 statt.

Beginn: 17:00 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

### Hinweis:

Die Vorgaben der aktuellen Verordnung der Landesregierung zur weiteren schrittweisen Lockerung der coronabedingten Einschränkungen des öffentlichen Lebens in Mecklenburg-Vorpommern (Corona-Lockerungs-LVO MV) schränken die Teilnahme der Öffentlichkeit an den Sitzungen ein. Um dem Informations- und Kontrollrecht der Öffentlichkeit nach Kommunalverfassung M-V zu entsprechen, besteht neben der Teilnahme von Pressevertretern die Möglichkeit der Teilhabe am öffentlichen Teil der Sitzung unter folgenden Bedingungen:

- das Tragen von Mund-Nasen-Bedeckung wird erbeten
- die Teilnehmerzahl ist aufgrund der Abstandsregelung begrenzt

### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 16.09.2020
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Schutz des Freibades vor Vandalismus  
Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied  
Vorlage: AN 0112/2020
- 4.2 Prüfung der Übernahme der Reinigungsleistungen und der des Auskunft- und Informationsdienst (AID)  
Einreicher: Andrea Kühl Fraktion LINKE offene Liste  
Vorlage: AN 0053/2019
- 4.3 Silvesterfeuerwerk
- 4.4 Radverkehr in der Altstadt und an der Sundpromenade
- 5 Verschiedenes

#### Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen

8        Verschiedenes

Öffentlicher Teil

9        Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von  
Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Ann Christin von Allwörden  
Vorsitz

# TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund  
Ausschuss für Sicherheit und Ordnung

## Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 16.09.2020  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 17:40 Uhr  
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

### **Anwesend:**

#### Vorsitzende/r

Frau Ann Christin von Allwörden

#### stellv. Vorsitzende/r

Herr Axel Peters

Herr Marco Schröder

#### Mitglieder

Frau Kerstin Chill

Herr Frank Fanter

Frau Kerstin Friesenhahn

Herr Mathias Miseler

Frau Maria Quintana Schmidt

Herr Achim Stuhr

#### Protokollführer

Frau Gaby Ely

#### von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch

Herr Mario Hilbert

Herr Heino Tanschus

#### Gäste

Frau Jutta Lüdecke

### **Tagesordnung:**

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 12.08.2020
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Prüfung Parkplatzumwandlung  
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: AN 0019/2020

- 4.2** An den SOA: Ergänzungsantrag Präventionsarbeit zur Vorlage "Kommunaler Ordnungsdienst" / B 0032/2019  
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: AN 0266/2019
- 4.3** Leitfaden für das Planungsquartiersmanagement in der Hansestadt Stralsund  
Vorlage: ZU 0023/2020
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

#### **zu 1 Bestätigung der Tagesordnung**

Frau von Allwörden schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 4.2 und 4.3 zu tauschen.

Sie stellt die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung

Die Abarbeitung der Punkte in der Niederschrift bleibt davon unberührt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

#### **zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 12.08.2020**

Die Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 12.08.2020 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      2 Stimmenthaltungen

#### **zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen**

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

#### **zu 4 Beratung zu aktuellen Themen**

##### **zu 4.1 Prüfung Parkplatzumwandlung Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI Vorlage: AN 0019/2020**

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, die in der letzten Sitzung des Ausschusses vorgestellte Variante, mit einem längs angeordneten Parkplatz im Frankendamm und zwei versetzt angeordneten Stellflächen in der Klosterstraße zu empfehlen.

Der Präsident wird über das Beratungsergebnis informiert.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

**zu 4.2      An den SOA: Ergänzungsantrag Präventionsarbeit zur Vorlage "Kommunaler Ordnungsdienst" / B 0032/2019**  
**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**  
**Vorlage: AN 0266/2019**

Gäste: Frau Undine Segebarth, Herr Peter Bischoff

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, den Gästen Rederecht zu erteilen.

Zu Beginn weist Frau von Allwörden darauf hin, dass im Haushalt 2020 der Hansestadt Stralsund über 300.000€ für Jugend- und Sozialarbeit eingeplant sind. Hierbei handelt es sich um eine freiwillige Leistung.

Herr Tanschus führt in die Thematik ein. Rückblickend erklärt er, dass das Konzept zum Kommunalen Ordnungsdienst in mehreren Sitzungen beraten wurde. Im Rahmen der Beschlussfassung über den Gesamthaushalt durch die Bürgerschaft wurde auch der Stellenplan mit den für den KOD vorgesehenen Stellen beschlossen.

Der KOD soll für höhere Präsenz der Stadtverwaltung in den einzelnen Stadtteilen sorgen, da es danach eine hohe Nachfrage von Bürgern gibt. Außerdem sollen im Bereich der Stadtteilarbeit die einzelnen Akteure vernetzt und Projekte aufgelegt werden. Herr Tanschus betont, dass Kriminalitätsvorbeugung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. In diesem Zusammenhang wurde auch der Kommunale Präventionsrat um einige Mitglieder erweitert. In dem Rat sind jetzt auch Vertreter der Wirtschaft und zweier Sportvereine Mitglied.

Jugend- und Schulsozialarbeit leistet die Hansestadt Stralsund, im Gegensatz zu den pflichtigen Aufgaben aus dem Ordnungsbereich, freiwillig. Dennoch wurden in den Haushalt 2020 307.000€ für diesen Bereich eingestellt. Berücksichtigt sind dabei noch nicht die Zuschüsse für die Jugendkunstschule und das Theaterpädagogische Zentrum.

Die angestrebte Ausweitung der Stadtteilarbeit und der KOD, der repressiv und präventiv wirken soll, sollen die Stadt sicherer und lebenswerter machen.

Frau von Allwörden bittet Frau Segebarth vom Polizeihauptrevier Stralsund um Ausführungen, welche Arbeit die Polizei im Bereich Kriminalprävention leistet.

Frau Segebarth erklärt, dass die Polizei über Präventionsberater verfügt, die nach Anforderung an die Schulen fahren und dort Themen wie Mobbing oder Drogen bearbeiten. Außerdem besteht die Möglichkeit, dass Polizeibeamte auf Elternabenden zum Thema Drogen referieren, dann im repressiven Bereich.

Weiterhin verfügt das Hauptrevier über 5 Kontaktbeamte, die direkt auf der Straße am Bürger tätig sind. Diese arbeiten eng mit der Stadtverwaltung zusammen und dienen als Ansprechpartner.

Außerdem gibt es Beratungsangebote für Senioren.

Es liegt das Angebot vor, sollte der KOD anlaufen, gemeinsam mit der Polizei Streife zu laufen. So soll den Mitarbeitern Sicherheit gegeben und das Vorhaben gut von den Bürgern angenommen werden.

Frau Lüdecke vom Seniorenbeirat teilt mit, dass sie Mitglied der „Wachsamen“ ist. Die Gruppe spielt älteren Menschen beispielsweise vor, wie bei einem Enkeltrick vorgegangen wird, damit diese auf den Betrug nicht hereinfallen.

Herr Bischoff vom Verein zur Förderung der Kriminalitätsprävention Stralsund informiert, dass der Verein beispielsweise ein theaterpädagogisches Stück für Drittklässler gegen sexuelle Gewalt durchführt.

Seit dem letzten Jahr gibt es das Projekt „Sicher in Stralsund“, bei dem das Hauptaugenmerk auf Trickbetrügereien gegenüber Senioren liegt. Dieses soll ausgeweitet werden, da nicht nur Senioren Opfer von Trickbetrügern werden. Zu dem Projekt werden Flyer ausgelegt und es gibt eine entsprechende Website.

Der Selbstverteidigungskurs für Frauen kann momentan nicht durchgeführt werden, soll aber wieder aufgelegt werden.

Zur Arbeit des Kommunalen Präventionsrates ergänzt Herr Tanschus, dass die Aufgabe des Rates darin besteht, kriminalpräventiv in der Hansestadt tätig zu sein. Der Rat wurde gegründet, als Stralsund noch kreisfrei war. Es wurde sich bewusst dafür entschieden, den Kommunalen Präventionsrat auch nach der Kreisgebietsreform beizubehalten. Ziel ist es, verschiedene Akteure, die mit den Themen Kriminalität und Kriminalitätsprävention zu tun haben, miteinander zu vernetzen.

Feste Mitglieder sind:

- Frau Segebarth (Polizeihauptrevier)
- Ein Vertreter des Kriminalkommissariats
- Ein Vertreter der Staatsanwaltschaft
- Herr Suckow (Stralsunder Mittelstandsvereinigung)
- Zwei Sportvereine
- Herr Bischoff (Verein zur Kriminalitätsprävention)
- Ein Vertreter des Jugendamtes
- Frau Dr. Gelinek

In den Sitzungen selbst wird geschaut, wo in der Stadt die Probleme liegen und wie mit den Akteuren ganzheitlich auf diese reagiert werden kann.

Der Senator weist darauf hin, dass es in der Kriminalprävention keine Standardlösungen gibt, sondern dass komplexe Problemfälle komplexe Lösungen brauchen.

Herr Peters erfragt, in welchen Bereichen es Probleme mit Jugendlichen gibt, da dies in dem vorliegenden Antrag besonders hervorgehoben worden ist.

Auf die Frage von Herrn Peters antwortet Herr Tanschus, dass es momentan kein ernstes Problem bezogen auf Jugendkriminalität in Stralsund gibt. Probleme gibt es in bestimmten Bereichen mit Vandalismus. Hier sind die Täter allerdings nicht ausschließlich Jugendliche.

Frau Segebarth stimmt den Ausführungen des Ordnungsamtsleiters zu. Es gibt immer mal wieder Probleme im Bereich des Kinder- und Jugendnotdienstes mit auffälligen Heranwachsenden. Diese werden vom Jugendamt zum Teil in andere Bundesländer oder sogar ins Ausland vermittelt.

Bei einem Besuch der Bundestagsabgeordneten Frau Claudia Müller in der Polizeiinspektion wurde ihr mitgeteilt, dass Streetworker in den Stadtteilen fehlen und die Jugendkriminalität extrem zugenommen hat.

Frau Segebarth geht davon aus, dass es zu diesem Zeitpunkt die angesprochenen Schwierigkeiten mit Jugendlichen gab, die beim Kinder- und Jugendnotdienst untergebracht waren. Diese Jugendlichen sind in andere Bundesländer vermittelt worden, so dass sich die Situation wieder entspannt hat.

Die Frage, ob es in Stralsund Jugendbanden gibt, verneint die Polizeirätin.

Frau von Allwörden fasst noch einmal zusammen:

1. Die Einführung des Kommunalen Ordnungsdienstes wurde durch die Bürgerschaft beschlossen.
2. Es gibt Präventionsangebote in den unterschiedlichsten Formen.
3. Die Bürgerschaft hat den Haushalt 2020 mit über 300.000€ für Jugendsozialarbeit beschlossen.
4. Außerdem werden weitere Projekte zusätzlich gefördert.

Die Ausschussvorsitzende stellt den Ergänzungsantrag AN 0266/2019 wie folgt zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung empfiehlt der Bürgerschaft, den Antrag AN 0266/2019 nicht weiter zu verfolgen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen      1 Gegenstimme      0 Stimmenthaltungen

Der Präsident der Bürgerschaft wird über das Beratungsergebnis informiert.

#### **zu 4.3      Leitfaden für das Planungsquartiersmanagement in der Hansestadt Stralsund Vorlage: ZU 0023/2020**

Herr Hilbert führt aus, dass die Aufgabe für die Erarbeitung eines Leitfadens für das Quartiersmanagement der Abteilung Planung und Denkmalpflege übertragen wurde. Dort werden die Städtebauförderung und das Programm "Die soziale Stadt" abgewickelt.

Der Leitfaden wurde aufgrund der übergreifenden Themen und der Komplexität in Zusammenarbeit mit Amt 70 erstellt. So war es möglich, einen Gesamtüberblick über die vielfältige Arbeit in den Quartieren zu erhalten. Außerdem wurden die bisherige Finanzierung und die enormen Herausforderungen für die künftige Finanzierung dargestellt.

Es liegt bereits ein Zwischenergebnis für die AG „Stadtteilarbeit“ vor, welches in den Fraktionen und zuständigen Ausschüssen vorgestellt wird.

Die Ausschussmitglieder haben keine Fragen.

Die Zuarbeit wird zur Kenntnis genommen.

## **zu 5        Verschiedenes**

Frau Friesenhahn macht auf Fahrradfahrer aufmerksam, die beispielsweise in der Sarnowstraße den Fußweg nutzen und es deshalb zu Konflikten mit Fußgängern kommt. Ein Problem ist die oft überhöhte Geschwindigkeit der Radfahrer. Dieses Problem besteht nicht nur in der Sarnowstraße, sondern auch in vielen Bereichen in der Altstadt.

Herr Peters erfragt, wie der Ausschuss beim Thema Böllerverbot an Silvester weiter zusammenarbeiten wird. Da bei der Ausschussvorsitzenden bisher keine Vorschläge zu dem Thema eingereicht worden sind, bietet sie an, die Vorarbeit zu leisten und einen Vorschlag zu erarbeiten.

Frau Friesenhahn gibt den Hinweis, dass es beispielsweise in Österreich Städte und Dörfer gibt, die das Abrennen von Feuerwerkskörpern komplett untersagen und eine Lasershow zeigen.

Frau von Allwörden erklärt, dass sich der Ausschuss vorrangig mit der Frage beschäftigt, ob privates Feuerwerk in der Altstadt zulässig bleiben soll. Da ein generelles Verbot in der Bürgerschaft bisher überwiegend kritisch gesehen wird, geht es darum, Alternativen zu entwickeln.

Frau Friesenhahn ergänzt, dass ein Verbot nur mit Hilfe von Kontrollen durchzusetzen ist.

Frau von Allwörden schließt den Tagesordnungspunkt.

Da es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keinen Redebedarf gibt entfallen die übrigen Tagesordnungspunkte.

Die Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung.

## **zu 9        Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil**

gez. Ann Christin von  
Allwörden  
Vorsitzender

gez. Gaby Ely  
Protokollführung

# TOP Ö 4.1



Anträge  
Vorlage Nr.: AN 0112/2020  
öffentlich

**Titel: Schutz des Freibades vor Vandalismus**  
**Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied**

Federführung: Einzelbürgerschaftsmitglied Adomeit	Datum: 03.08.2020
Einreicher: Adomeit, Michael	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	20.08.2020	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle technischen Möglichkeiten zu prüfen, um das Stralsunder Freibad vor der blinden Zerstörungswut und dem Vandalismus einiger unbelehrbarer Zeitgenossen zu schützen, damit diese Rowdys endlich bestraft werden können.

Begründung:

Seit Jahren wird unser schönes Freibad durch unbelehrbare Mitmenschen systematisch verreckt und ist Ziel ihrer krankhaften Zerstörungswut.

Finanzielle Auswirkungen: keine

gez. Michael Adomeit

# TOP Ö 4.1

Hansestadt Stralsund  
Der Oberbürgermeister  
Büro des Präsidenten der  
Bürgerschaft/Gremiendienst

## Beschluss der Bürgerschaft

**Zu TOP : 9.4**

**Schutz des Freibades vor Vandalismus**

**Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied**

**Vorlage: AN 0112/2020**

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages AN 0112/2020 zur Beratung in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle technischen Möglichkeiten zu prüfen, um das Stralsunder Freibad vor der blinden Zerstörungswut und dem Vandalismus einiger unbelehrbarer Zeitgenossen zu schützen, damit diese Rowdys endlich bestraft werden können.

Beschluss-Nr.: 2020-VII-05-0290

Datum: 20.08.2020

Im Auftrag

gez. Kuhn

# TOP Ö 4.1

## **Auszug aus der Niederschrift über die 05. Sitzung der Bürgerschaft am 20.08.2020**

**Zu TOP : 9.4**

**Schutz des Freibades vor Vandalismus**

**Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied**

**Vorlage: AN 0112/2020**

Herr Adomeit begründet kurz den Antrag. Er sieht Handlungsbedarf im Interesse der Sicherheit und wirbt um Zustimmung für den Antrag.

Frau von Allwörden teilt die Auffassung, dass es sich um ein bekanntes Problem handelt. Sie beantragt die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung. Im Austausch mit weiteren Beteiligten (z.B. Polizei, SIC) soll die Problematik ausführlich erörtert und sollen Lösungsmöglichkeiten ergründet werden.

Herr Miseler, Herr Suhr, Herr Kühnel und Frau Kühl erklären für ihre Fraktionen, den Verweisungsantrag zu unterstützen.

Der Oberbürgermeister äußert sein Entsetzen über das Verhalten einiger Personen, da viel Energie, Emotionen und finanzielle Mittel in das Strandbad fließen. Daher ist eine Lösung gegen den Vandalismus erforderlich.

Herr Paul stellt die Verweisung des Antrages AN 0112/2020 in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages AN 0112/2020 zur Beratung in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle technischen Möglichkeiten zu prüfen, um das Stralsunder Freibad vor der blinden Zerstörungswut und dem Vandalismus einiger unbelehrbarer Zeitgenossen zu schützen, damit diese Rowdys endlich bestraft werden können.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen

2020-VII-05-0290

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 02.09.2020

**Titel: Prüfung der Übernahme der Reinigungsleistungen  
und der des Auskunft- und Informationsdienst (AID)**

**Einreicher: Andrea Kühl Fraktion LINKE offene Liste**

Federführung: Fraktion LINKE offene Liste	Datum: 21.03.2019
Einreicher: Kühl, Andrea	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob die Ausschreibung der Vergabe der Reinigungsleistungen für Schulen und städtische Gebäude mit dem Auslaufen der Verträge 2022 durch eine kommunale Eigenreinigung ersetzt werden können. Im Ergebnis sollen Schlussfolgerungen für die Entscheidung zwischen Eigen- und Fremdreinigung dargestellt werden.
2. Zu Prüfen ist auch die Übernahme der Leistungen des Auskunft- und Informationsdienstes (AID) in die Stadtverwaltung.
3. Das Prüfergebnis ist den Ausschüssen Finanzen und Vergabe und Bildung, Hochschule, Kultur und Sport im 1. Halbjahr 2021 zur Beratung vorzulegen.

**Begründung:**

In jüngster Vergangenheit kam es zu Unregelmäßigkeiten bei der Reinigung städtischer Gebäude von Seiten eines Vertragspartners. Kosten, Qualität, Flexibilität und soziale Faktoren der 2022 neu zu vergebenden Leistungen sollten neu abgewogen werden.

# TOP Ö 4.2

Hansestadt Stralsund  
Der Oberbürgermeister  
Büro des Präsidenten der  
Bürgerschaft/Gremiendienst

## Beschluss der Bürgerschaft

**Zu TOP : 9.2**

**Prüfung der Übernahme der Reinigungsleistungen und der des Auskunfts- und Informationsdienst (AID)**

**Einreicher: Andrea Kühl Fraktion LINKE offene Liste, Michael Philippen, Fraktion Bürger für Stralsund**

**Vorlage: AN 0053/2019**

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob die Ausschreibung der Vergabe der Reinigungsleistungen für Schulen und städtische Gebäude mit dem Auslaufen der Verträge 2022 durch eine kommunale Eigenreinigung ersetzt werden können. Im Ergebnis sollen Schlussfolgerungen für die Entscheidung zwischen Eigen- und Fremdreinigung dargestellt werden.
2. Zu prüfen ist auch die Übernahme der Leistungen des Auskunfts- und Informationsdienstes (AID) in die Stadtverwaltung.
3. Das Prüfergebnis ist den Ausschüssen Finanzen und Vergabe und Bildung, Hochschule, Kultur und Sport im 1. Halbjahr 2021 zur Beratung vorzulegen.

Beschluss-Nr.: 2019-VI-03-0955

Datum: 04.04.2019

Im Auftrag

gez. Kuhn

# TOP Ö 4.2

## **Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung der Bürgerschaft am 04.04.2019**

### **Zu TOP : 9.2**

#### **Prüfung der Übernahme der Reinigungsleistungen und der des Auskunfts- und Informationsdienst (AID)**

**Einreicher: Andrea Kühl Fraktion LINKE offene Liste, Michael Philippen, Fraktion Bürger für Stralsund**

**Vorlage: AN 0053/2019**

Herr Haack zieht im Namen der Fraktion BfS den Antrag AN 0056/2019 (TOP 9.3) zurück. Dafür unterstützt die Fraktion BfS als weiterer Einreicher den Antrag AN 0053/2019 (TOP 9.2.).

Herr Quintana Schmidt begründet den Antrag ausführlich.

Herr Haack bestätigt die Aussagen von Herrn Quintana Schmidt und bittet um Zustimmung zum Antrag.

Auf Nachfrage von Herrn Adomeit betont Herr Paul, dass es sich zunächst lediglich um einen Prüfauftrag handelt.

Herr Dr. Zabel informiert, dass die CDU/FDP-Fraktion dem Antrag zustimmen wird und empfiehlt gleichzeitig, die Prüfung auf weitere Bereiche zu erweitern.

Herr Paul stellt den Antrag AN 0056/2019 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob die Ausschreibung der Vergabe der Reinigungsleistungen für Schulen und städtische Gebäude mit dem Auslaufen der Verträge 2022 durch eine kommunale Eigenreinigung ersetzt werden können. Im Ergebnis sollen Schlussfolgerungen für die Entscheidung zwischen Eigen- und Fremdreinigung dargestellt werden.
2. Zu prüfen ist auch die Übernahme der Leistungen des Auskunfts- und Informationsdienstes (AID) in die Stadtverwaltung.
3. Das Prüfergebnis ist den Ausschüssen Finanzen und Vergabe und Bildung, Hochschule, Kultur und Sport im 1. Halbjahr 2021 zur Beratung vorzulegen.

Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2019-VI-03-0955

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. König/Gremiendienst

Stralsund, 16.04.2019